



16. Sitzung, 30. November 2012
Unterrichtung LR

Manuskript zur Rede von
Olaf Wegner, MdL

Es gilt das gesprochene Wort

[Anrede]

Wir halten uns ans Grundgesetz! Da sind wir konservativ! – So haben wir im Landtagswahlkampf plakatiert und das nehmen wir sehr ernst.

Ein Blick in das Grundgesetz hilft, um sehr schnell festzustellen, dass die Wörter leider in Ihrer Sozialpolitik im Bund – und da geht es an alle anderen hier vertretenden Parteien – keine Relevanz besitzen.

Immer und immer wieder ist es nötig auf den Artikel 1 und die Menschenwürde zu pochen. Im Artikel 20 ist zu lesen: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“. Unter diesem Aspekt betrachtet ist der Sozialbericht 2012, also der Armuts – und Reichtumsbericht ein echtes staatlich-zertifiziertes Armutszeugnis für NRW.

Nein mehr noch: Es ist eine Bankrotterklärung. Denn eins zeigt der Bericht ganz deutlich: Sozial gerecht geht es in diesem Land schon lange nicht mehr zu.

Lassen sie mich einige Beispiele aus Ihrem Bericht uns allen ins Gedächtnis rufen:

Die Arbeitslosigkeit sinkt und die Armut in diesem Land nimmt trotzdem weiter zu. Woran liegt das? Vor allem an der unglaublichen Öffnung des Niedriglohnssektors. Ihrem Bericht ist Folgendes zu entnehmen:

Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, die Niedriglöhne beziehen, ist in der vergangenen Dekade in Nordrhein-Westfalen genauso wie in Westdeutschland insgesamt gestiegen. Das mittlere Bruttomonatsentgelt der Niedriglohnempfänger lag Ende 2010 bei 1.399 Euro. Die Niedriglohnquote (vgl. Glossar) in Nordrhein-Westfalen lag Ende 2010 bei 20,4 % und in Westdeutschland bei 20,8 %. Zum Vergleich: Zum Jahresende 2000 lag die entsprechende Niedriglohnquote in Nordrhein-Westfalen mit 16,3 % noch um 4,1 Prozentpunkte niedriger.

Der Niedriglohnsektor wächst und es besteht die Gefahr, es ist auch schon Realität, dass Unternehmen sich auf Kosten der Allgemeinheit ihre Lohnausgaben subventionieren lassen.



Das Problem der prekären Beschäftigung ist auch ein weibliches Problem. Denn 1/3 aller vollzeitbeschäftigten Frauen arbeiten im Niedriglohnssektor. Das ist ein regelrechter Skandal!

Es muss zu einem Perspektivwechsel kommen, damit die Gesellschaft nicht weiter aus dem Gleichgewicht gerät: Unserer Auffassung nach hat jeder Mensch das Recht auf eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist das wichtigste Gebot des Grundgesetzes. Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist.

Dazu gilt es auch in NRW Mittel bereitzustellen, damit Menschen in die Lage zu gesellschaftlicher Teilhabe sind. Der Ansatz des sozialen Arbeitsmarktes könnte einer sein. Aber bisher haben wir dazu nur der Presse entnommen, dass Private Unternehmen oder freie Wohlfahrtsverbände schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose einstellen sollen und zahlen ihnen tarifliche oder ortsübliche Löhne. Dafür erhalten sie im Gegenzug einen „Minderleistungsausgleich“. Wie hoch der sein wird, ist noch unklar. Die Privatwirtschaft hätte gerne einen Zuschuss von bis zu 70 Prozent zum Gehalt.

Sie, Herr Minister Schneider, können sich einen Zuschuss von bis zu 40 Prozent vorstellen. Gegenfinanziert werden soll dieser Zuschuss über die eingesparten Hartz-IV-Leistungen. Ein öffentlicher Beschäftigungssektor ist nicht der richtige Ansatz! Allerdings ist der Ansatz von CDU und FDP im Bund auch falsch! Die Bundesregierung hat 2010 beschlossen bis 2014 die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik um 16 Mrd. Euro zu senken, davon 10 Mrd. Euro bei der Bundesagentur für Arbeit, 6 Mrd. Euro in der Verwaltung und bei den Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitslose in der Grundsicherung, wie der Paritätische NRW treffend bemerkte.

Weiter, so der Paritätische, kommen noch einmal fast 4 Mrd. Euro Kürzungen bei der Bundesagentur (BA), auf die man sich im Vermittlungsverfahren zu den Hartz-IV-Regelsätzen verständigt hat. Die Sparbeschlüsse wurden unmittelbar umgesetzt: Für das Jahr 2011 bedeutete das ein Minus von 22 Prozent für die aktive Arbeitsmarktpolitik der BA. Das Budget für Eingliederungsmaßnahmen schrumpfte gar um 25 Prozentpunkte. Und das Sparen geht weiter: Für das Jahr 2012 stehen für arbeitsmarktpolitische Instrumente in NRW rund 980 Mio. Euro weniger zur Verfügung als im Vorjahr, ein Minus von 16,7 Prozentpunkten. Sieht so wirkliche Arbeitsmarktpolitik aus und ein Verhindern von Armut?!

Apropos Armut!

Die Armut hat in einzelnen Stadtteilen von NRW ein so großes Ausmaß angenommen, dass unsere Demokratie und Gesellschaftsordnung gefährdet ist.



Das Nettoeinkommen der drei ärmsten Zehntel der Bevölkerung ist um 5 % gesunken, die mittleren drei Zehntel hatte gerade mal ein stabiles Einkommen. Ein signifikantes Plus von 13,4 % konnte das reichste Zehntel für sich verbuchen und noch einmal aufgesplittet: Die reichsten 2 % der Bevölkerung haben ein reales Einkommensplus von 50 % erzielt. Es ist aber nicht nachvollziehbar dass die Konzentration von Einkommen und Vermögen von einem so kleinen Anteil von Menschen in Anspruch genommen wird.

Allerdings geht es hier nicht um eine völlig unangebrachte Neiddebatte, sondern um das gesamtgesellschaftliche Gleichgewicht! Ich sage es hier deutlich: Wir Piraten haben uns ins Grundsatzprogramm geschrieben, dass wir Armut verhindern wollen, nicht Reichtum!

Das Volkseinkommen in Deutschland liegt bei ca. 2 Billionen Euro Brutto. Bei 80 Millionen Einwohnern bedeutet dies, dass pro Einwohner ca. 25.000 € Brutto in jedem Jahr verdient werden. Angesichts dieses Betrags kann ich nicht nachvollziehen, warum überhaupt nur ein Mensch unter der Armutsrisikogrenze leben muss.

Ich bin aber sehr froh, dass die Landesregierung mit ihrem Armutsbericht offen umgeht und die freie Wohlfahrtspflege an dem vorliegenden Bericht beteiligt ist. Denn: Nordrhein- Westfalen ist vom Armutsrisiko für große Teile der Bevölkerung besonders betroffen. Wenn man sich die 15 größten Städte Deutschlands anschaut, stellt man fest: Nur in Leipzig ist das Armutsrisiko höher als in Duisburg und Dortmund. In Köln, Essen und sogar in Düsseldorf lebt jeder fünfte Mensch in Armut.

Die grundsätzliche Frage nach Einkommen ist zu stellen. Wir denken da über neue Modelle nach! Das würde Ihnen auch gut zu Gesicht stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir setzen uns für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ein, das die Ziele des Rechts auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe beinhaltet. Es soll die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden. Dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die Paradigmen des Sozialstaats wesentlich verändern wird, ist uns bewusst.

Aber dieses Sozialsystem braucht ein Update. Der Sozialbericht stellt dies eindrucksvoll dar. Armut in einem reichen Land ist nicht tolerierbar! Als ersten Schritt sehen wir die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen! Denn die Menschen sollen nicht doppelt bestraft werden!

Wir müssen uns endlich davon verabschieden, das Armutsproblem in Deutschland und NRW alleine durch eine angestrebte Vollbeschäftigung und durch Subventionen für wirtschaftliches Wachstum lösen zu wollen. Das ist ein



schönes Ziel und hat lange Tradition. Aus der Sicht der Piraten ist das nicht der Weg der die aktuell entstandenen Armutprobleme lösen kann.

Das ist kein Weg für die Zukunft. Wir haben kein Armutproblem weil die Menschen arbeitslos sind, sondern weil die Umverteilung in diesem Land nicht funktioniert. Und damit meine ich nicht eine Umverteilung vom obersten Dezil nach unten, sondern von den oberen 2% nach unten. Vollbeschäftigung um jeden Preis ist ein Modell der Vergangenheit, von dem wir uns verabschieden sollten. Subventionierte Arbeit im Niedriglohnsektor schafft Altersarmut, Kinderarmut und eine Abwärtsspirale auch für gut qualifizierte Arbeitnehmer.

Unstrittig ist, dass nur durch Bildung auch für Kinder aus dem Ruhrgebiet eine reelle Chance besteht aus ihren prekären Lebensumständen auszubrechen. Kinder lernen von ihren Eltern und die Eltern können immer häufiger mit einer Vollzeitarbeit nicht genug verdienen, um ohne „Hilfe vom Amt“ auszukommen. Acht Millionen Menschen arbeiten in Deutschland für einen Lohn unterhalb der 9,15 €-Grenze. Dazu gehören Pflegekräfte und Friseure, Tagesmütter und Verkäuferinnen.

Also Menschen, die bei der Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenhaltes eine wichtige Rolle spielen. Ja, Leistung muss sich lohnen. Aber ich kenne keinen Hartz-IV- bzw. ALG2-Aufstocker, für den sich Leistung lohnt. Kinder lernen schnell dass das Geld, das sie durch ihren Ferienjob verdienen wollten, bei Papa abgezogen wird.

Ich könnte einem Hartz-IV- bzw. ALG2-Empfänger, wenn ich ehrlich wäre, nur empfehlen max. 100 € dazuzuverdienen, denn für jeden Euro, den er darüber verdient, hat er maximal 20 Cent mehr zum Leben. Leistung, die sich lohnt, sieht anders aus.

2,1 Millionen Menschen in NRW sind arm. Jedes vierte Kind hier ist davon betroffen. Das ist ein politischer Skandal! Und was tun sie dagegen allesamt?

Es wird bedauert und in jeder Talkshow werden Krokodilstränen vergossen.

Wir schlagen konkret eine andere Politik vor, die nämlich die Kinder in den Mittelpunkt rückt und ihnen Bildungschancen ermöglicht. Das bedeutet für uns: Um unsere Ziele zu erreichen, sind gewaltige Anstrengungen vonnöten. Diese dürfen nicht dem Einzelnen aufgebürdet werden, sondern stellen einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag dar. Der Staat hat die Aufgabe, entsprechende räumliche, personelle und finanzielle Ressourcen bereitzustellen und eine auf jeden Einzelnen ausgerichtete Förderung zu garantieren. Der Zugang zu Bildung ist auf allen Ebenen kostenfrei zu gewährleisten und vollständig durch die Gemeinschaft zu finanzieren. Bei der Finanzierung des Bildungssystems sind grundsätzlich neue Prioritäten zu setzen und Solidarität einzufordern. Der Bildungsetat muss deutlich ausgeweitet werden.



Der frühkindlichen Bildung kommt für die Verwirklichung unserer Ziele eine zentrale Bedeutung zu. Ihre Aufgabe ist es, alle Kinder ungeachtet der bestehenden Unterschiede in den persönlichen Kompetenzen und unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft so zu fördern, dass sie mit möglichst guten Grundvoraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen.

Wir stellen uns Folgendes vor: Eltern können die Kindertagesstätte für ihre Kinder frei wählen. Konfessionelle, soziale, kulturelle oder sonstige Zugangsbeschränkungen sind in Einrichtungen, die ganz oder teilweise öffentlich finanziert werden, nicht zulässig. Der Besuch von und die Verpflegung in Kindertagesstätten sind beitragsfrei. Bei der öffentlichen Finanzierung von Einrichtungen sind alle Träger gleichzustellen. Kommunen, die aus eigener Kraft die notwendige Zahl von Plätzen in Kindertagesstätten nicht bereitstellen können, werden vom Land finanziell unterstützt. Die Landesmittel sind entsprechend aufzustocken.

Die sprachliche und motorische Entwicklung aller Kinder im Alter von vier Jahren wird durch entsprechend geschultes Personal erhoben. Förderbedürftige Kinder erhalten in der Kindertagesstätte eine intensive sprachlich-motorische Förderung, um Defizite auszugleichen. Die Zusammenarbeit mit den Eltern muss dabei aktiv gefördert werden. Die Ausbildung des pädagogischen Personals soll zukünftig vermehrt in einem pädagogischen Hochschulstudium absolviert werden und dadurch natürlich auch angemessener bezahlt werden.

Aktuell gibt es eine große Verunsicherung in der Bevölkerung zum Thema Rente.

Unser Rentenniveau ist so niedrig wie fast nirgendwo im europäischen Vergleich. Grundsicherung erhalten vor allem Menschen ab 65 Jahren wenn ihr Einkommen unter 756 Euro liegt. Die Zahl der Empfänger von Grundsicherung ist nach Angabe des statistischen Bundesamtes in 2011 in nur einem Jahr um 5,9 % gestiegen.

Auch hier ist das Bedingungslose Grundeinkommen der Schlüssel zum Erfolg und zur Verhinderung von Altersarmut!

Ich fasse zusammen:

Wir sollten schauen, die soziale Not in diesem Land zu lindern, wenn wir sie schon nicht ändern können. Liebe Regierung, mir ist auch klar, dass Sie die Grundlagen für eine adäquate Umverteilung nur sehr marginal beeinflussen können. Da Sie in denselben Mustern denken und handeln, wie die derzeitige Bundesregierung, fällt es mir schwer, Ihnen zu glauben, dass es Ihnen ernst damit ist, prekäre Lebenssituationen entscheidend zu verbessern. Mit Zwang zur Arbeit, mit weiteren Qualifizierungsmaßnahmen... mit diesen Versuchen spielen Sie ausschließlich denen in die Hände, die auch derzeit von der Misere profitieren. Wie ich am Anfang schon erwähnte, zeigt der Sozialbericht ganz



deutlich, dass eine höhere Erwerbsquote nicht zur Überwindung der Armut in diesem Land führt.

Aber wo bleibt das Geld, das diese Menschen erwirtschaften?

Herzlichen Dank